



NETZWERK GRUNDEINKOMMEN NEWSLETTER

Extraausgabe, Mai 2011

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Sanktionen und Leistungskürzungen bei Transfersystemen verletzen das Grundrecht auf eine bedingungslose Sicherung der Existenz und Ermöglichung der Teilhabe an der Gesellschaft. Sanktionen und Leistungseinschränkungen stürzen die Betroffenen in eine extreme existenzielle Notlage und grenzen sie aus der Gesellschaft aus.

Sanktionen und Leistungseinschränkungen sind ein Herrschaftsinstrument in den Händen des Staates und der Verwaltung gegen Menschen zur Durchsetzung ihrer Verhaltensanforderungen und öffnen der behördlichen Willkür gegen Menschen Tür und Tor.

Erich Fromm setzte dagegen: "Das garantierte Einkommen würde nicht nur aus dem Schlagwort 'Freiheit' eine Realität machen, es würde auch ein tief in der religiösen und humanistischen Tradition des Westens verwurzelttes Prinzip bestätigen, dass der Mensch unter allen Umständen das Recht hat zu leben. Dieses Recht auf Leben, Nahrung und Unterkunft, auf medizinische Versorgung, Bildung usw. ist ein dem Menschen angeborenes Recht, das unter keinen Umständen eingeschränkt werden darf, nicht einmal im Hinblick darauf, ob der Betreffende für die Gesellschaft 'von Nutzen ist'."

Kämpfen wir gegen die Herrschaftslogik der Disziplinierung und der obrigkeitstaatlichen Gewalt gegen Menschen und streiten für das Grundrecht auf die bedingungslose Sicherung der Existenz und Ermöglichung der gesellschaftlichen Teilhabe! Weg mit den Sanktionen!

Ronald Blaschke

Kampagne

["Weg mit dem offenen Strafvollzug Hartz IV – Für ein Grundeinkommen für alle!"](#)

Am 6.6.2011 wird anlässlich des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Antrags der Fraktion DIE LINKE eine öffentliche Anhörung zum Thema Sanktionen bzw. Leistungseinschränkungen bei den Grundsicherungen (Hartz IV=SGB II, SGB XII) im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages durchgeführt (siehe ausführlichen [Bericht](#) dazu).

Das Netzwerk Grundeinkommen ruft im Zusammenhang mit dieser Anhörung

zur Kampagne „Weg mit dem offenen Strafvollzug Hartz IV – Für ein Grundeinkommen für alle!“ auf:

1. Nehmen Sie an der öffentlichen Anhörung teil: Deutscher Bundestag, 06.06.2011, 14.00 – 15.30 Uhr (Anmeldung über das [Ausschusseksretariat](#)) und bekunden Sie durch Ihre Anwesenheit Ihre Forderung nach einer vollständigen Abschaffung der Sanktionen und Leistungseinschränkungen. Für alle, die nicht dabei sein können: Eine Aufzeichnung und die Liveübertragung der öffentlichen Anhörung sind geplant, mehr dazu demnächst auf www.grundeinkommen.de.

2. Senden Sie eine Mail an [alle Bundestagsabgeordneten](#) und an die [Mitglieder des Ausschusses für Arbeit und Soziales](#) mit der Forderung „Weg mit den Sanktionen und Leistungseinschränkungen bei allen Grundsicherungen“. Machen Sie darauf aufmerksam, dass Sanktionen/Leistungskürzungen grundrechtswidrig sind, weil sie das Grundrecht auf eine Existenz- und Teilhabesicherung verletzen.

Grundeinkommens-Befürwortende sollten darüber hinaus darauf aufmerksam machen, dass die vollständige Abschaffung der Sanktionen und Leistungseinschränkungen begleitet werden muss von der Abschaffung der sozial-administrativen Bedürftigkeitsprüfung und der Anhebung der Transfers auf ein die Existenz und die Teilhabe sicherndes Niveau. Die Forderung lautet dann: „Weg mit den Sanktionen und Leistungseinschränkungen – Für ein Grundeinkommen für alle!“

3. Unterstützen Sie das Petitionsvorhaben „Weg mit dem Sanktionsparagrafen 31 (Hartz IV, SGB II)“ unter www.sanktionen-weg.de. Dort finden Sie Erläuterungen zum Vorhaben, zur UnterstützerInnenliste, zur Völkerrechts- und Grundrechtswidrigkeit der Sanktionen/Leistungskürzungen. Sammeln Sie mit den Listen Unterschriften, die bei Erreichung der für eine öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss nötigen Anzahl von 50.000 UnterstützerInnen beim Bundestag eingereicht wird.

Beteiligen Sie sich an der Kampagne „Weg mit dem offenen Strafvollzug Hartz IV – Für ein Grundeinkommen für alle!“.

Impressum

Herausgeber: Netzwerkrat des [Netzwerks Grundeinkommen](#)

Redaktion: Reimund Acker, Ronald Blaschke, Stefan Ziller

V.i.S.d.P.: Stefan Ziller, Alt-Biesdorf 62, 12683 Berlin, 030 2325 2410

Der Newsletter des Netzwerks Grundeinkommen erscheint etwa zweimonatlich und wird als E-Mail an die AbonnentInnen versandt. Er kann [hier](#) abonniert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen AutorInnen wieder. Beiträge und Themenvorschläge sind an die [Redaktion](#) zu richten.